

Stadt Zürich Gemeinderat Parlamentsdienste Stadthausquai 17 Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10 gemeinderat@zuerich.ch gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 22. Mai 2024

3197. 2023/396

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 23.08.2023: Frühzeitige Information der Bevölkerung über die vorgesehenen Standorte für Asylzentren der Asyl-Organisation Zürich (AOZ)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2137/2023): In den Bauausschreibungen im Tages-Anzeiger werden Asylzentren und Übergangseinrichtungen für Geflüchtete angekündigt. Nach den mit 84 zu 24 Stimmen angenommenen Postulaten GR Nr. 2020/211 und 2021/236 erklärte sich der Stadtrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, um Informationen im Zusammenhang mit der Platzierung von Asylzentren frühzeitig bekanntzugeben. Offenbar hat der Stadtrat vergessen, was das Parlament damals entschied, und handelte gegen dessen Beschluss, als er an der Schärenmoosstrasse 115 und 117 eine Asylunterkunft erstellte. Erst kürzlich wiederholte sich das gleiche Spiel in Zürich-Seebach, als er ohne Ankündigung das Hotel Landhus in eine Asylunterkunft umwandelte. Hat der Stadtrat etwas dazu unternommen, das Restaurant öffentlich ausgeschrieben, um einen Pächter zu finden? Oder ist man den beguemeren Weg einer Asylunterkunft gegangen? Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, informiert zu werden. Es sieht aber so aus, als würde sich der Stadtrat nicht an Entscheide des Parlaments halten wollen. Das ist ein Affront gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung, die sich hintergangen fühlt. Der Stadtrat soll sich künftig an parlamentarische Entscheide halten und diese umsetzen. Wir befinden uns nicht in einer Diktatur, STR Raphael Golta.

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 6. September 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Auf den Inhalt dieses Postulats möchte ich nicht eingehen, weil wir am 5. Januar 2022 ein Postulat mit genau dem gleichen Wortlaut überwiesen haben – das beim Stadtrat pendent ist. Wenn wir dieses Postulat mit dem exakt gleichen Wortlaut überweisen, bringt das gar nichts. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier stehen uns andere Mittel zur Verfügung: eine Persönliche Erklärung oder eine Frage in einer Aufsichtskommission zum Beispiel. Wir haben so schon genug auf der Tagliste.



2/3

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP) Wir unterstützen das Postulat mit dem genau gleichen Wortlaut wie vor einem Jahr, weshalb ich mein Votum von damals nicht wiederholen muss. Wir unterstützen aber nicht die Wortwahl der Postulanten.

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP unterstützte das Postulat mit der Textänderung vor zwei Jahren. Wir werden nicht schlau daraus, warum man nochmal ein gleiches Postulat überweisen soll, wenn die Frist beim ersten noch läuft und der Stadtrat aktuell an der Beantwortung arbeitet. Diese sollte in ein paar Monaten vorliegen. Die SP wird diesem Postulat nicht zu einer Mehrheit verhelfen, will es aber nicht ablehnen und enthält sich deshalb.

Moritz Bögli (AL): Die Begründung, warum dieses Postulat abzulehnen sei, hat Martina Zürcher (FDP) deutlich gemacht. Es ist in keiner Weise sinnvoll, den Stadtrat mit den immergleichen Vorstössen zu beschäftigen. Wir waren damals gegen den Vorstoss und wir sind enttäuscht, dass sich die SP trotz der starken Argumentation der FDP nicht zu einem Nein durchringen kann. Die SVP versucht mit diesem Postulat den Hass und die Ablehnung gegenüber Schutzsuchenden und Schutzbedürftigen in diesem Land zu fördern. Das ist nicht zielführend. Es ist auch nicht sinnvoll, wenn der Stadtrat in einem spezifischen Bereich früher kommunizieren soll, als er es sonst macht.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Auch wir schliessen uns Martina Zürcher (FDP) an. Es ist bereits ein solches Postulat beim Stadtrat hängig. Wir werden dieses Postulat darum ablehnen. Information und Teilhabe der Bevölkerung ist selbstverständlich wichtig, aber wenn ein solches Postulat von der SVP kommt, stinkt es immer ein bisschen nach Instrumentalisierung, um Ressentiments zu schüren, wie es Moritz Bögli (AL) ausführte.

Stephan Iten (SVP): Vorstösse von den Grünen sind gut und jene von der SVP stinken. Es wird kritisiert, dass wir einen Vorstoss einreichen, obwohl wir bereits einen eingereicht haben, der noch in Bearbeitung ist. Ich erinnere Sie daran, wie mal ein Vorstoss von linker Seite ablief, als man das Public Viewing verbieten wollte. Damals sprach der Stadtrat keine Bewilligung mit der Begründung aus, es sei ein Vorstoss im Gemeinderat, der irgendwann behandelt werde. Man wolle abwarten, ob der Vorstoss überwiesen werde oder nicht. Das war ein linker Vorstoss, der vom Stadtrat behandelt wurde. Jetzt ignoriert der Stadtrat einen tatsächlich überwiesenen Vorstoss – er reizt seine Zeit aus. So werden Vorstösse unterschiedlich behandelt und darum ist es berechtigt, einen Vorstoss nochmals einzureichen, um STR Raphael Golta an seinen Auftrag zu erinnern und ihm mitzuteilen, dass er nicht einfach warten soll, bis die zwei Jahre vorbei sind.

Moritz Bögli (AL): Es wurde ein Vorstoss meiner Fraktion angesprochen. Bei der Bewilligung von Public Viewings standen noch andere Dinge im Raum als das Postulat. Dies wurde durch die damalige Sicherheitsvorsteherin bestätigt. Verschiedenste Fraktionen sind mit der Umsetzung ihrer Postulate nicht zufrieden – von links bis rechts. Dies sieht



3/3

man an den Abschreibungsanträgen im Rahmen des Geschäftsberichts. Auch von unserer Fraktion sind Vorstösse hängig, zum Teil aus den 1990er-Jahren, die der Stadtrat nicht umsetzen möchte. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag. Es ist nicht zielführend, das gleiche Postulat erneut einzureichen, wenn nicht mal ein Abschreibungsantrag vorliegt.

Das Postulat wird mit 26 gegen 53 Stimmen (bei 36 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat